

# **SPEZIALREDE**

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion  
zum Budget 2015/2016

gehalten von

**Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher**

am 04.12.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Hoher Gemeinderat!  
Sehr geehrte Damen und Herren auf den Rängen!

Bei den meisten Stücken auf der Tagesordnung geht es um mehrere hunderttausend Euro und zu einem großen Teil auch um viele Millionen – man hat also als Politiker eine immense Verantwortung, handelt es sich immerhin um das Geld der Steuerzahler - Gelder, die die arbeitende Bevölkerung ins System einahlt. Der aktuelle Schuldenstand der Stadt Graz steht bei über einer Milliarde Euro – nicht Schilling – Euro! Aber alle tun so, als wäre das gar nicht so schlimm... so wie Stadträtin Kahr unlängst in der Zeitung zitiert wurde „Schulden per se sind ja nichts Schlechtes“ – was wird hier für ein Bild vermittelt!

Bevor jetzt das Geld wieder neu verteilt werden soll, muss zuerst an die einfachen aber wichtigen Dinge gedacht werden. An die Infrastruktur – Straßen und Brücken müssen saniert werden, der Hochwasserschutz ist in einigen Bezirken alles andere als ausreichend. Es gibt offenbar kein Geld für den Erhalt von wirklich wertvollen öffentlichen Flächen wie dem Schloss Reinthal, bei dem nach einer bedenklichen Verpachtung letztlich ein Verkauf stattgefunden hat. Wie auch dieses Beispiel zeigt, kommt es immer wieder zum Ausverkauf des Familiensilbers der Stadt, um an die nächsten Millionen zu gelangen.

Die Sozialausgaben steigen und steigen – und das jedes Jahr. Nicht um unsozial zu sein - das möchte ich an dieser Stelle besonders betonen – nicht um unsozial oder unmenschlich zu sein, sondern im Gegenteil um zu überprüfen, ob die Verteilung der Steuergelder im bestehenden System überhaupt noch gerecht und berechtigt ist, sollten im Sozialbereich einmal alle Ausgaben genau evaluiert werden!

Seit der Einführung der SozialCard erhalten deren Inhaber automatisch - ohne einen weiteren Antrag stellen zu müssen - den städtischen Heizkostenzuschuss sowie die Weihnachtsbeihilfe. Da würde mich doch interessieren, wie viele der SozialCard-Inhaber – vor allem aus dem Kreis der ausländischen Bezieher, die aufgrund eines mehr als drei Monate gültigen Aufenthaltstitels in den Genuss dieser Förderung kommen - gar

kein Weihnachtsfest feiern? Für die SozialCard werden nun € 710.000 für das Jahr 2015 bzw. € 780.000 für 2015 veranschlagt. Um das System gerechter und effektiver zu gestalten, wäre es sicherlich vorteilhaft, den genauen Bezieherkreis der SozialCard zu erfahren. Aber die von der Sozialstadträtin für Herbst 2013 versprochene Evaluierung der SozialCard im Rahmen eines Sozialausschusses lässt noch immer auf sich warten. Warum eigentlich?

Die geplanten Maßnahmen gegen Energiearmut sind an sich nicht schlecht, aber bei genauerem Hinsehen gibt es auch hier Einsparungspotential. Das Land Steiermark etwa bezahlt einen Heizkostenzuschuss an rund 14.000 Grazer Haushalte, die Stadt Graz wiederum bezuschusst mit ihrer Brennstoffaktion rund 8.500 Haushalte. Meine Kritik zielt nicht auf die Leistungen an sich ab, sehr wohl aber auf die bisher nicht umgesetzte Evaluierung der Wirkung von Sozialsубventionen, um die Zielerreichung nachvollziehbar und messbar zu machen, so wie es auch der Stadtrechnungshof in vielen seiner letzten Prüfberichte mehrfach empfohlen hat. Auf Bundesebene fordert die ÖVP die Einführung eines Transferkontos bzw. einer Transparenzdatenbank mit dem Ziel, eine Übersicht aller Sozialleistungen zu erlangen. Von einer derartigen Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind wir in der Stadt Graz aber noch weit entfernt.

Die Menschen, die in der Energiearmutsfalle sitzen, erhalten Gelder aus der öffentlichen Hand. Vielfach fehlen den Verbrauchern aber noch grundlegende Informationen, wie die Heizkosten reduziert werden können. Daher sehe ich im Bereich der Heizkostenzuschüsse insofern Handlungsbedarf, als damit verbunden eine verpflichtende Energieberatung für die Zuschussempfänger stattfinden sollte. Alleine durch richtiges Lüften und Einstellen der Heizungssysteme können die Heizkosten deutlich gesenkt werden. Aber wenn ich im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit diesen Vorschlag mache, heißt es gleich von allen Seiten: „Um Gottes Willen, das ist ein sensibles Thema, das kann man nicht machen!“ Natürlich ist es ein sensibles Thema, aber dafür gibt es gut geschulte Professionisten wie Sozialarbeiter oder Psychologen – und die wissen, wie man sensible Themen anspricht!

Dieser Mentalität, für keine Leistung eine Gegenleistung erbringen zu müssen, nicht einmal eine geringe - alles sollte gratis sein - dieser Mentalität kann ich beim besten Willen nichts abgewinnen. So wie der unlängst von der KPÖ geforderte „Gratis-Kindergarten für alle“ oder jetzt das ÖVP-Budget-Zuckerl – das ÖV-Jahresticket um 228 €. Diese Mehrkosten in der Höhe von € 171 pro Jahreskarte müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Wir sprechen hier letztlich von einer Summe jenseits der 4 Mio. Euro. Im Gegenzug verhindert Bürgermeister Nagl im Gemeinderat vom November 2014 die Beratung eines wesentlichen Stückes zum Öffentlichen Verkehr, in welchem es um Fahrplanstabilität, Taktverdichtungen und Fahrzeuginvestitionen geht – alles höchst notwendige Maßnahmen, um die ÖV-Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, damit die prognostizierten 12.000 neu hinzukommenden Jahreskartenbesitzer überhaupt vom ÖV in unserer Stadt profitieren können. Diese Gratis-Mentalität wird das System nicht mehr lange tragen! Das ist sicherlich keine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Politik!

Positiv zu erwähnen ist die Evaluierung der Frauenförderungen. Die Förderungen und Subventionen überhaupt einmal genau zu durchforsten, fordern wir Freiheitliche seit Jahren. 2012 wurden hier rund € 29.400.000 ausgeschüttet! 2013 waren es über 31 Mio. Euro. Hier gibt es sicherlich enormes Sparpotential. Alleine bei der Frauenförderung sprechen wir von stattlichen 675.000 Euro pro Jahr. Dass die Themenschwerpunkte Arbeit, Qualifizierung, Karriere und vor allem Gewaltschutz ganz wichtig sind, steht außer Frage! Aber die reine Umverteilung von den zur Verfügung stehenden Mitteln wird längerfristig zu wenig sein. Einzelne Projekte müssen evaluiert werden, ob hier Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Ich darf nur exemplarisch den Verein „ERfA“ mit dem Projekt „Nähwerkstatt“ erwähnen. Seit 2013 wird dieses Projekt in der Höhe von 85.000 € gefördert, und auch für die kommenden beiden Jahre 2015/16 sind dafür jährlich diese Beträge budgetiert. 85.000 € klingt für manche wahrscheinlich wieder wenig – sind aber ehemals 1,2 Millionen Schilling! Hier wird, wie es so schön heißt, arbeitsmarktfernen Frauen - vor allem Migrantinnen - die Möglichkeit der Betreuung und Beschäftigung geboten. Es handelt sich hierbei um keine Berufsausbildung. 2013 haben 26 Frauen daran teilgenommen, 20 weitere haben Probetage absolviert. Also 26

Frauen, die zum Zwecke der Sprachvermittlung nähren und tratschen kosten der Stadt Graz - dem Grazer Steuerzahler also - 85.000 € im Jahr.

Wenn ich mir die Zahlen im Sozialressort bis jetzt so ansehe, so ist es kein Wunder, dass die Sozialstadträtin mit dem Geld nicht auskommt und einen Nachtragskredit von 8,5 Millionen € benötigt hat. Im betreffenden Stück wird auch hier als Argumentation der Anstieg der Mindestsicherung genannt und zwar durch die angestiegene Zahl von Beziehern nicht-österreichischer Herkunft. Zur Mindestsicherung war auch im Oktober 2013 der Leiter des Grazer AMS im Ausschuss geladen, der zur Mindestsicherung sagte, dass im letzten Jahr bzw. in den letzten Monaten die Anzahl der langfristig unterstützten Personen extrem angestiegen ist. Die Ursachen dafür liegen u.a. bei der Ausbildung und den Sprachproblemen bei Personen mit Migrationshintergrund.

Hier lässt sich eine bedenkliche Tendenz erkennen, vor der alle die Augen verschließen, weil diesbezüglich nichts aus- oder angesprochen werden darf! Es lässt sich aber eindeutig die absolut verfehlte Bundespolitik von SPÖ und ÖVP während der letzten Jahre erkennen. Und der einzige Lösungsansatz, der von den Verantwortlichen kommt, ist noch mehr Geld ins System zu werfen. Da handelt es sich wieder einmal um verantwortungsvolle Politik mit Weitblick für die nächsten Generationen!

Apropos Verantwortung! Der Bürgermeister war vor fast genau einem Jahr mit einem Vorschlag in der Zeitung, wie man dem Zukunftsthema in der Stadt - der Grünraumsicherung - begegnen kann. Er hat eine neue Wasserabgabe gefordert - und zwar rund 2 € pro Kopf im Jahr. So soll eine Grün- und Freiflächensicherungsmillion zustande kommen, mit welcher Vorbehaltsflächen gekauft aber auch Bauflächen rückgewidmet werden sollen - eigentlich eine ganz gute Idee. Nur ist jetzt - wie wir schon gehört haben - mit dem neuen Partner, der KPÖ, ein Gebührenerhöhungsstopp für die nächsten zwei Jahre vereinbart worden. Also wird eine sehr gute Idee und vor allem eine absolut notwendige Maßnahme, um den Lebensraum Stadt hochwertig zu halten mit dem Argument „Wir haben ja kein Geld dafür“ schubladiert.

Und immer die Argumentation mit dem Finanzausgleich und der Ungerechtigkeit, dass die Stadt Graz zu wenig Geld vom Bund bekommt. Sie, Herr Bürgermeister, sind soviel ich weiß, seit 12 Jahren im Amt. Und in diesen 12 Jahren war immer die ÖVP in der Bundesregierung. Haben Sie da keine Gespräche geführt oder sind die alle nur unglücklich verlaufen?

Abschließend kann ich sagen, dass mich meine nun fast zweijährige Erfahrung als Mandatarin eines gelehrt hat. Hier in Graz ist man meilenweit von einer verantwortungsvollen, zukunftssträchtigen Politik mit Weitblick für die nächsten Generationen entfernt! Das Motto lautet offenbar, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ob man sich dies nun leisten kann oder nicht!